

Berliner Tageblatt

Nr. 247

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Verhandlungen wiederum vertagt.

Erneute Rückfragen der Deutschnationalen bei ihrer Fraktion. — Besprechungen mit dem Reichszankler im Reichstag.

Kein Rücktritt der Regierung Marg.

Fortsetzung der Verhandlungen am Montag.

E. D. Die Besprechungen der bürgerlichen Mittelparteien mit den Deutschnationalen wurden vormittag 10 Uhr wieder aufgenommen. Den Vorsitz führte volksparteiliche Abgeordnete Dr. Schulz. Die Vertreter der Nationen waren dieselben wie gestern, bis auf den Senatsabgeordneten Dr. Kammerer, der an Stelle des Abg. Weyer (Kreuzberg) gekommen war, und den bayerischen Abgeordneten v. Siemens, der für den zur Abstimmung in Hamburg abgereisten Abgeordneten nicht erschienen war. Eine Verständigung wurde auch noch nicht erzielt. Die Aussprache dauerte über eine Stunde und drehte sich wiederum um sachliche Fragen, die großen außenpolitischen Probleme, während die kleinen Angelegenheiten auch heute nicht berührt wurden. Da die Deutschnationalen nach wie vor unklar und unerschrocken blieb, formulierten die Mittelparteien schließlich ganz bestimmte Forderungen. Auf Grund ihres gemeinsamen außenpolitischen Programms. Die Deutschnationalen wurden dadurch vor ein Ja oder Nein gestellt. In diesem Augenblick erklärten sie, darauf noch Antwort geben zu können, da erst die Fraktion einen Beschluss fassen müsse. Die Deutschnationale Fraktion ist übrigens bereits am Montag nachmittag 4 Uhr einberufen worden. Dann wird eine gewisse Entscheidung fallen.

Der Optimismus mancher bürgerlichen Politiker, den wir mitgeteilt haben, ist jetzt ziemlich auf den Nullpunkt gesunken. Man glaubt nicht mehr recht daran, daß die Deutschnationalen in die Regierung eintreten werden, Wohlwollend werden sie die Erklärungen der bürgerlichen

Mittelparteien durch Gegenerklärungen zu beantworten beschließen, um auf alle Fälle ihren Wählern gegenüber nach den vielen Besprechungen im Wahlkampf bestehen zu können.

Nachmittags findet die erste Fraktionsitzung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei statt. Der Reichszankler hat sich bereits um die Mittagszeit im Reichstagsgebäude eingefunden und hatte eine Besprechung mit den Abgeordneten Genning und Müller.

In der zweiten Nachmittagsstunde erschien der Reichszankler Dr. Weyer im Reichstagsgebäude und hatte eine Besprechung mit einigen Vertretern der bürgerlichen Mittelparteien, die an den Konferenzen mit den Deutschnationalen teilgenommen hatten. Dabei wurde die Frage erörtert, ob und wann die Regierung zurücktreten sollte. Es wurde beschlossen, daß das Reichsabinett vorerst nicht demissionieren soll, weil man erst die Wünsche der Deutschnationalen über die Frage ihres Eintritts oder Nichtseintritts in die Regierung abwarten will.

Für die Besetzung des Amtes des Reichstagspräsidenten wurde ja nach der Lage auch die Person des bisherigen Präsidenten Loeb wieder in Betracht kommen, falls die Sozialdemokraten den Präsidenten stellen sollen. Loeb hat zwar selbst seiner Fraktion die Kandidatur verweigert. Die Entscheidung darüber hängt aber von der Fraktion ab. Für den Fall des Ausscheidens aus dem Präsidium wird Loeb wieder in die Leitung der Breslauer „Wirtschaft“ zurücktreten, die nur durch sein Amt im Reichstag unterbrochen werden ist.

Aus den Kreisen, die von einer Kandidatur des Fürsten Bismarck sprachen, wurde berichtet, daß der Reichspräsident den Fürsten eingeladen habe, sich auf dem schnellsten Wege nach Berlin zu begeben. Wie wir dazu von unterrichteter Stelle erfahren, hat der Reichspräsident keine besondere Einladung an den Fürsten Bismarck ergoßen lassen.

Herriot und Millerand.

vor den Kongressen der Siegerparteien. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 24. Mai.

Herriot, der gestern Abend nach Lyon abgereist ist, erklärte auf Bahnhof, daß alle bisher veröffentlichten Minifesten die der „Republique“ Komposition seien. Er lehnte auf jede Erklärung über seine Unternehmung mit Herriot ab. Es ist wahrscheinlich, daß die Vorbereitung für die Zusammenkunft der neuen Regierung in Lyon getroffen werden sollen, um die verschiedenen Herriot befragen werden.

Herriot hat unzweifelhaft gute Absichten für eine Verständigung mit Deutschland, aber es wird ratsam sein, nicht schon in den ersten vierzehn Tagen der neuen Regierung die Veränderungen und sensationelle Erklärungen zu erwarten. Sehr viel für die Verständigung hängt auch vom Aussehen der neuen deutschen Regierung ab. Die Haltung des Kanzlers Weyer gegenüber den Deutschnationalen Forderungen hat einen guten Eindruck gemacht.

Herriot aus Paris abreiste, hatte er noch eine wichtige Unterredung mit dem Vorsitzenden des Senats Doumergue. Herriot am Tage vorher bei Doumergue gefürchtet und wollte sich nicht nur die übliche „Verdauungswürste“ machen. Diese Wüste ist länger als zwei Stunden. Doumergue hat Herriot gesagt, er wolle zum Ministerpräsidenten vom Senat gut einmischen werden würde. Als künftige Finanzpolitik würde er ein Budget ohne Anleihen. Die äußere Politik von der Annahme des Sachverständigenberichts durch Deutschnationalen. Im Senat ist die Meinung zur internationalen Lösung unveränderbar, wie schon aus den Worten des Doumergue und einiger anderer Senatoren hervorzuergoht. Vermutlich ist auch über die Senatoren gesprochen worden. Die neue Regierung in Frage kommen; es hat aber noch keine Entscheidung. Herriot, Namen zu nennen, ehe die Ernennung Herriots erfolgt ist. Das Herriot der künftige Ministerpräsident wird, beweisen nur noch einige hunderttausend. Aber immer noch nicht ganz klar, ob Radikale und Sozialisten sich zu Forderungen abfinden werden, daß der Präsident Millerand Ernennung vollziehen soll. Die Zeitung „Le Devoir“ gibt die entscheidende Entscheidung in einem Artikel Robert de Jouvenel die entscheidenden Tage sind die ersten drei im Juni. Am Sonntag, den 1. Juni, beginnen die Konferenzen der Radikalsocialisten und Sozialisten, die Gruppe der republikanischen Sozialisten wird ihre Deputationen einladen. Die erste Frage in allen drei Verhandlungen muß lauten: „Daß der neue radikale Ministerpräsident sein Amt aus den Händen des Präsidenten Millerand empfangen“. Die Antwort wird wahrscheinlich verneinend sein. Die Antwort der beiden radikalen Parteien ist trotz der starken Meinung gegen Millerand noch nicht ganz sicher.

Es gibt wohl keinen Radikalen, der zu Millerand Vertrauen hätte, oder es gibt eine Anzahl namhafter Radikale, die eine Präsidentenwahl in vier Stunden für einen tatsächlichen Fehler hält, weil sie einen Zeitverlust bedeutet und deshalb die gefährliche Übergegensetzung verlängert. Die Entscheidung über die Haltung der Parteien wird am Montag, dem 2. Juni, erfolgen. Es ist noch nicht gewiß, ob in offener oder geschlossener Sitzung. Es ist möglich, aber nicht gewiß, daß die „alte Delegation der linken“ wiedergeboren wird, ein Auslöser aus Linksgruppen zur Überwindung der Politik, wie er unter Waldeck-Roussau und Goussu gescheitert hat. In jedem Falle wird man am Montag Abend ungenügend Bescheid wissen. Am Dienstag, dem 2. Juni, erfolgt dann die Wahl des neuen Kammerpräsidenten, die als die erste offizielle Manifestation der neuen Richtung zu betrachten ist. Der Kandidat der Linken ist Reinle. Ob der frühere Präsident Beret kandidieren wird, ist noch unbestimmt. Beret hat nichts über seine Absicht fund getan, sondern nur erklärt, daß er nicht als Kandidat der Rechten vorkommen zu werden wünscht. Voraussichtlich wird Reinle gewählt werden. Am Dienstag Abend wird also die Kammer ihren Präsidenten haben und der Staatschef hat die traditionelle Beratung mit den beiden Vorsitzenden des Parlaments anberaumen. Millerand wird Doumergue und Reinle einladen; dann kommt die Entscheidung: was wird Reinle erklären? Die meisten Radikalen halten es für gefährlich, wenn Millerand die Absicht ausspricht, auch mit einem radikalen Kabinett zu arbeiten. „Le Devoir“ erinnert an die Jüritigen Millerands gegen Brand, an die Fähigkeit seiner persönlichen Politik. Jede Entscheidung der Regierungsbefehle wurde bedroht sein, wenn der Präsident der Republik der geheimen Führer der reaktionären Opposition bleiben dürfte. Diese Ansicht hat viel für sich. Aber obwohl unter den neuen Verhältnissen „Le Devoir“ eine Art Regierungsanzeiger geworden ist, dürfte in diesem Falle doch wohl nur der Verfasser de Jouvenel seine persönliche Meinung ausdrücken. Es ist auch erst zu beweisen, daß der republikanische Kammerpräsident Reinle die nötige Entschlossenheit aufbringt, gleich die äußersten Konsequenzen zu ziehen. Vorläufig hat Reinle keine mannhaften Erklärungen mehr als etwas eingeschärft, sobald das Wort beim Abende entfallen war. Gestern mochte er den „Matin“ dazu ermächtigt, eine Geste der Menschlichkeit anzuführen. Gestern nachmittag sagte sein Sekretär, daß unter dieser Geste allerdings die Verletzung der Ruhrgefangenen verstanden werden soll, aber erst wenn Deutschland guten Willen zeigt. Wenn dies die Meinung Reinle ist, wären wir auf neue bei den unbestimmten Formalisierungen angefangen, mit denen die junge Regierung zu arbeiten pflegt. „Mit Menschlichkeit darf kein Schacher verbunden sein“, sagte vor acht Tagen das „Le Devoir“.

Die erste Sitzung des Parlaments wird überdies ein seltsames Aussehen erhalten. Der Alterspräsident, der diese Sitzung leitet, ist der radikalsozialistische Dr. Pinard, der angeblich in den Beratungen während einiger die Rindererziehung laien will. Aber diese Anordnungen ist vielleicht ein reaktionärer Witz.

Die Gefahren der Ruhrkrise.

Die Einzelstellung in der Produktionsstatistik. — Die Bedeutung der Kohlenförderung. — Das „Diffat von Anna“. — Kohlenförderung und Preisgestaltung.

von [Radbrudt verboten.]

Dr. Bruno Rauoeker.

Die Montanindustrie ist neben der Landwirtschaft das einzige Gewerbe in Deutschland, das einer genauen amtlichen Produktionsstatistik unterzogen, und in dem monatlich der Leistungsgrad pro Kopf und Schicht von unparteiischen Beauftragten des Reiches festgestellt wird. Diese amtliche Produktionsstatistik hat ermittelt, daß in den letzten Jahren der Rückgang der Produktion in fast aller deutschen Bergbaubezirke erheblich war. Nur die Braunkohlenförderung hat im Vergleich zur Vorkriegszeit zugenommen, und zwar von 87 233 000 Tonnen im Jahre 1913 auf 123 011 000 Tonnen im Jahre 1921 und 137 073 000 Tonnen im Jahre 1923. In allen anderen deutschen Bergbaubezirken hat die Förderung in der gleichen Zeit abgenommen. Die Steinkohlenförderung von 1913 bis 1921 bzw. 1923 war 190 100 000 Tonnen auf 136 210 000 Tonnen bzw. auf 129 965 000 Tonnen. Der Förderanteil je Kopf der Gesamtbelegschaft betrug im Ruhrgebiet 1913: 884 Kilogramm, 1922: 591 Kilogramm; in Oberschlesien 1913: 1185 Kilogramm, 1922: 624 Kilogramm, 1923 (1. Quartal) 619 Kilogramm, (2. Quartal) 612 Kilogramm; im Freistaat Sachsen 1913: 690 Kilogramm, 1922: 440 Kilogramm, 1923 (1. Quartal) 385 Kilogramm, (2. Quartal) 376 Kilogramm; im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 1913: 5046 Kilogramm, 1922: 3088 Kilogramm, 1923 (1. Quartal) 2031 Kilogramm, (2. Quartal) 2028 Kilogramm. Zum Vergleich sei die entsprechende englische Ziffer genannt. Im England und Schottland betrug der Förderanteil pro Kopf im Steinkohlenbergbau 1913: 980 Kilogramm, 1922: 912 Kilogramm. Der Rückgang beträgt dort demnach nur 5,6 Prozent.

Es wäre aber verfehlt, die Schuld an diesem Rückgang der deutschen Steinkohlenförderung allein den deutschen Bergleuten zuzuschreiben. Die deutsche Arbeiterschaft ist aus dem Felde völlig unterernährt heimgeführt, und die Daheimgebliebenen haben mit Kohlröhren und ungenügenden Fleisch, Brot- und Fettsäuren ihre verbrauchten Kräfte nicht ausreichend ersetzen können. Auch in den härteren Jahren hat die Unterernährung keine Abnahme erfahren, denn die Lebensmittelpreise waren der Köhnen immer vorzuziehen. Zu der gekürzten physischen Leistungsfähigkeit gesellte sich zudem die Abnahme der Arbeitslust aus psychologischen Gründen. Hier wirkten sich im besonderen die Folgen der verfehlten Innenpolitik der Zeit vor dem Kriege aus. Und dann kamen die enttäuschten Hoffnungen auf die Sozialisierung hinzu. Die so geschaffene Verwirrung hat schließlich in den letzten Monaten ihren Höhepunkt erreicht, als Einiges und der Bergbauliche Verein die diffamierende Einführung der Arbeitslosensicherung mit Hilfe des französischen Oberkommandierenden Zugewisse erzwungen wollte, und dann, als sie nicht durchdrungen, mit dem „Diffat von Anna“ im vergangenen Oktober in eigener Regie schließliches planten. Es beunruhigt nur eines geringfügigen Anlasses zu einer Explosion auf Seiten der Bergarbeiterschaft.

Der gegenwärtige schwere Kampf an der Ruhr ist von der größten Bedeutung für unsere gesamte Volkswirtschaft. Er ist bedeutungsvoll ebenso für die Aktivierung unserer Handels- und Zahlungsbilanz, wie für die Stabilität unserer Währung, für die Senkung der Inlandspreise wie für die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen. Denn die Senkung der Kohlenpreise seit dem Oktober des vergangenen Jahres verbanden wir neben der technischen Vervollkommnung der Schichtlagen und dem Wegfall der Kohlensteuer vor allem der Einführung der Achtstundenschieft, um die jetzt der Kampf in der Hauptrolle geht.

Der Kohlenpreis für die Ruhrfördereiferlohe betrug:

Table with 2 columns: Date and Price. Rows: 1. 4. 1914 (11,52 Goldmark), 1. 10. 1923 (38,46), 1. 4. 1924 (20,60).

Die Kohlenförderung in Deutschland betrug:

Table with 2 columns: Year and Production. Rows: 1920 (1060 t), 1921 (13 629), 1922 (13 371), 1923 (14 210), 1924 (15 111), März 1924 (16 800).

Die Zunahme der Förderung in den beiden wichtigsten deutschen Steinkohlenrevieren betrug:

Table with 3 columns: Year, Ruhr, Oberschlesien. Rows: 1924 (6187), Januar (1060), Februar (7061), März (8092).

Die Förderung je Kopf und Arbeitsschicht erreichte in Oberschlesien im Januar 845 Kilogramm, im Februar 855 Kilogramm; im Ruhrgebiet bezifferte sie sich auf 850 Kilogramm gegenüber einer durchschnittlichen Vorkriegsleistung (im Jahre 1913). Diese Zunahme der Förderung bedeutete die Möglichkeit an den Gesamtleistungen pro Tonnenleistung herabzusetzen. Von Mitte Oktober 1923 bis Anfang Februar 1924 konnte der Kohlenpreis für deutsche Fördereiferlohe (der englische Preis gleich 100 gesetzt) von 205 auf 108 vermindert und damit ebenfalls die Leistung